



Niederschrift

25. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. Juni 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 14 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept:

Punkt 14.1 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept „Karlsruhe 2040“ – Zielbild „Karlsruhe 2040“

Vorlage: 2026/0401

Punkt 14.1.1 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept „Karlsruhe 2040“
Interfraktioneller Ergänzungsantrag CDU, SPD, FDP/Freie Wähler, Karlsruher Liste

Punkt 14.2 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept "Karlsruhe 2040": Bürgerrat

Vorlage: 2026/0305

Punkt 14.2.1 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept „Karlsruhe 2040“:
Bürgerrat
Änderungsantrag CDU

Beschluss:

TOP 14.1: Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt das aus verschiedenen Beteiligungsformaten entwickelte Zielbild für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2040.

TOP 14.2: Der Gemeinderat beschließt, dass sich der Bürgerrat im Zuge der Erstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) „Karlsruhe 2040“ mit der Fragestellung „Wie kann Mobilität gerecht, sicher und zuverlässig für alle Bevölkerungsgruppen gestaltet werden?“ inklusive der zugehörigen Unterfragen befasst.

Abstimmungsergebnis:

TOP 14.1: Mehrheitlich zugestimmt (40 Ja, 4 Nein)

TOP 14.1.1: Mehrheitlich zugestimmt (22 Ja, 14 Nein, 8 Enthaltungen)

TOP 14.2: Mehrheitlich zugestimmt (34 Ja, 4 Nein, 4 Enthaltungen)

TOP 14.2.1: Mehrheitlich abgelehnt (13 Ja, 27 Nein, 4 Enthaltungen)

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 14.1 und 14.2 zur Behandlung auf und weist auf die erfolgten Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 9. Juni 2026:

Zum Ergänzungsantrag 14.1.1 liegt Ihnen keine Stellungnahme vor. Das würde ich nachher dann vor der Abstimmung Ihnen noch mal kurz erläutern, welchen Vorschlag ich Ihnen an der Stelle mache, weil es darum geht, dass ich Ihnen noch ein paar Informationen nachliefern muss, um das in eine Reihe anderer Diskussionen in der Stadt auch einzuordnen. Und dann, glaube ich, kommen wir da zu einem ganz zufriedenstellenden Prozess. Damit eröffne ich die Diskussion.

Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE): Zunächst einmal vielen Dank für die beiden vorgelegten Beschlussvorlagen, denen wir GRÜNEN zustimmen werden. Wir möchten uns bei allen bedanken, die an der Entwicklung des Zielbildes mitgewirkt haben und sich hiermit für Karlsruhe und die Stadtgesellschaft engagiert haben. Dank gilt auch der Verwaltung, stellvertretend dem Amt für Stadtentwicklung sowie Reicher Hase Assoziierte und Zebralog GmbH. Wir können mit dem vorgestellten Zielbild Karlsruhe 2040 in jeglicher Hinsicht mitgehen. Es beschreibt aus unserer Sicht eine nachvollziehbare Leitidee, ein Zukunftsbild, welches die realen Herausforderungen und Notwendigkeiten abbildet. Uns freut es sehr, dass im Rahmen der vielfältigen Beteiligungsformate ein gemeinsamer Anspruch entwickelt wurde, der die Grundlagen der Demokratie und die von den Vereinten Nationen beschlossene Agenda 2030 und die 17 Nachhaltigkeitsziele widerspiegelt.

In dem vorgelegten Bild zeigt sich deutlich die Verzahnung der verschiedenen Bereiche. So ist beispielsweise Innovation nicht nur eine Notwendigkeit für die Weiterentwicklung der Wirtschaft, sondern auch für die Sicherung unserer ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen. Unsere Zukunft hängt davon ab, ob es uns gelingt, uns im Sinne einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Hierzu gehören Demokratie, Gemeinsinn, Gerechtigkeit, Natur und Innovation. All das bildet die Voraussetzungen für eine lebenswerte und resiliente Stadt. So beschreibt das Zielbild aus unserer Sicht jedoch gar kein Ideal, sondern greift in vielen Bereichen auf, was schon jetzt ist und wo wir noch besser werden können. Wir können das Engagement für die Demokratie und den Gemeinsinn stärken, zukunftsgerichtete Innovationen noch gezielter unterstützen, unsere grüne Stadt noch grüner machen. Und wir stehen nicht am Anfang, und wir wollen nicht ins Paradies, sondern unseren Weg für eine gute Gegenwart und Zukunft fortsetzen.

Ich würde jetzt gleich auch noch was zu der zweiten Beschlussvorlage, zum Thema Mobilität und zu dem gemeinsamen Antrag sagen. Grundsätzlich würden wir da eben auch der Antwort der Verwaltung, der Beschlussvorlage folgen, bei dem Schwerpunkt Mobilität zu bleiben, und zwar aus folgenden Gründen, die Sie auch ausgeführt haben, dass es einmal eine hohe Bedeutung für die Bevölkerung hat, nicht nur was Mobilität in einer Stadt, sondern darüber hinaus betrifft, dass wir da Einflussmöglichkeiten haben und dass wir die Prozesse, die wir jetzt schon am Laufen haben, auch überprüfen können. Und es geht bei der Frage der Mobilität um die Ressourcen, die eine Stadt hat, nämlich Boden und Flächen, unsere Finanzen, und es hat immer eine Streubreite ins Soziale und in die Ökonomie und ist damit sicherlich am meisten anschlussfähig, wenn man einen solchen Bürgerrat bildet.

Zu dem Antrag, ich sage es kurz, ich halte mich an Frau Böringer. Wir können das gut nachvollziehen, dass Wirtschaft wichtig ist, aber noch mal, um in der Terminologie der Agenda 2030 und der Vereinten Nationen zu bleiben: Nachhaltigkeit bedeutet Ökologie,

Soziales und Ökonomie, und wenn wir einen Wirtschaftsbeirat bilden, dann brauchen wir vielleicht auch einen sozialen und ökologischen, und dann würden wir diesen Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende: Also ich würde gerne auf die Möglichkeit einer zweiten Runde verweisen, dass wir jetzt nicht die Regeln langsam völlig sprengen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, erlauben Sie, dass ich erst mal nachfrage, was ich möglicherweise vor allem nicht verstanden habe. Sie haben angesprochen, dass zu irgendeinem Themenkreis nicht ausgeführt werden muss, weil Sie sich noch hier einlassen wollen. Können Sie das noch mal wiederholen?

Der Vorsitzende: Ich habe vorgeschlagen, weil wir keine Stellungnahme zu dem interfraktionellen Antrag geliefert haben, dass ich dazu vor der Abstimmung noch was sage. Wenn Sie es aber möchten, kann ich es auch jetzt machen. Wir haben folgende Situation: Es gibt zum einen Karlsruhe Digital als feststehende Institution, die zwischen vor allem auch den digital orientierten Firmen und der Stadt Karlsruhe in einer regelmäßigen Aktion und, ich glaube, elf Arbeitskreisen einen hervorragenden Job macht. Da sitzen Stadt und die entsprechenden Wirtschaftsunternehmen schon am Tisch und bringen gemeinsam die Digitalstadt Karlsruhe voran. Das haben Sie ja jetzt in der langen Nacht der Digitalisierung, das ist immer so der jährliche Höhepunkt, wo sich das alles herausragend darstellt.

Dann, was Sie vielleicht nicht wissen, gibt es einen Marketingrat für Karlsruhe. Da sitzen wir mit etwa 20 Firmen aus Karlsruhe zusammen. Da ist auch die Handwerkskammer dabei, und da diskutieren wir regelmäßig darüber, dass wir untereinander die Marketingaktionen vorstellen, die wir so planen, auch die Stadt Karlsruhe, was sie denn an großen Aktionen plant. Und die Idee war ursprünglich, dass in diesem Marketingrat vor allem auch die Marketingexperten der großen Firmen sind, damit die auch wiederum ein bisschen das vielleicht mitleben, was wir als Marketing für die Stadt Karlsruhe uns vorstellen. Es ist schwierig, wenn es 50 Akteure in Karlsruhe gibt, die alle die Stadt Karlsruhe unterschiedlich marketingtechnisch versuchen, nach außen zu präsentieren. Insofern hatte das etwas mit dieser Harmonisierung der Außendarstellung der Stadt Karlsruhe zu tun.

In diesem Marketingrat gab es im letzten Herbst eine Initiative, die kam aus der Wirtschaft, ist erst mal völlig losgelöst von ISEK und auch völlig losgelöst von der Grundsatzdiskussion, sich stärker in Richtung eines Wirtschaftsrats zu entwickeln. Da hat jetzt eine kleine Arbeitsgruppe einen Vorschlag erarbeitet, und dieser Vorschlag wird jetzt im Herbst im Marketingrat diskutiert. Da gibt es dann sogar so was wie eine Geschäftsordnung, und man wird dann auch noch weitere Akteure in der Wirtschaft ansprechen und auch in dem Verbandswesen. Im Moment ist, wie gesagt, die Handwerkskammer da vertreten, das KIT ist aber zum Beispiel auch vertreten, verschiedene andere Firmen, und das wird sich zu einer Art Wirtschafts- und Strategierat für Karlsruhe weiterentwickeln im Laufe dieses Jahres. Der Vorsitzende ist übrigens in diesem Fall gar nicht die Stadt, sondern das ist Herr Boden von der Sparkasse, der das im Moment macht. Das geht auch immer so ein bisschen reihum. Und da gibt es eine Initiative, das Aufgabenspektrum zu erweitern, auch verbunden mit der Erwartung, dass dann nicht die Marketingabteilungsleiter kommen, sondern eher die, die die Firma insgesamt repräsentieren und damit das Ganze auch noch mal eine etwas größere Ausrichtung bekommt.

Wir haben in diesem Marketingrat jetzt bei der letzten Sitzung ISEK auch vorgestellt, und wir haben vereinbart, dass auch das, was jetzt im letzten ISEK-Jahr passiert, nämlich die Ausarbeitung dann der verschiedenen Zielbereiche, dass das auch noch mal mit diesem dann weiterentwickelten Marketingrat zu einem Wirtschaftsrat sowieso diskutiert wird. Das ist der Diskussionsstand von vorvorvorletzter Woche und lange bevor hier diese Diskussion auch und dieser gemeinsame Brief der Verbände eigentlich vorkam. Und es gibt jetzt die Initiative von Handwerkskammer, von IHK, von DGB und anderen, dass es doch eine stärkere Beteiligung in ISEK geben soll und dass man dazu bitte einen Wirtschaftsrat überlegt. Und ich habe auch mit Herrn Rudolf von der IHK schon gesprochen, dass wir auch jetzt versuchen, diese Initiative aus dem Marketingrat und diese Initiative der Beteiligten, die teilweise personell, überwiegend aber auch institutionell Überschneidungsbereiche hat, zum Teil aber auch nicht, dass wir versuchen, das im Laufe des Jahres zusammenzuführen. Dass sowieso vorgesehen ist, dass sich das mit ISEK weiter beschäftigt und damit ein Stück weit auch noch stärker die Interessen der Wirtschaft und der anderen Verbände, Gewerkschaft und Innungen, Kammern abbildet. Das wäre dann aber nicht etwas, was jetzt nur ISEK begleitet, sondern was im Grunde ein dauerhaftes Austausch- und auch Beratungsgremium sein soll zwischen der Stadt, zwischen dem KIT, und da sind sicherlich auch weitere Hochschulen noch herzlich willkommen, und auch vor allem der Wirtschaft, repräsentiert durch Verbände, repräsentiert auch durch Wirtschaftsunternehmen. Ich gehe davon aus, dass es auch kein Problem ist, die Gewerkschaften mit dazu zuzunehmen.

Ich schlage Ihnen deswegen vor, dass wir diesen Antrag unter 14.1.1 dahingehend für erledigt betrachten können, dass ich Ihnen im Herbst diese ganze Entwicklung und dieses Gremium, das sich im Moment vor allem selbst organisiert, darstelle und dass Sie da noch mal für sich klären, ob Sie darüber hinaus noch etwas sich vorstellen würden. Ich bin sehr dankbar, dass das im Moment sehr stark von Initiativen aus den Wirtschaftsunternehmen selbst getrieben wird, dass wir nicht etwas vorgeben, und ich bin auch ganz gespannt, was da im Herbst passiert, weil wir sind im Moment in einer ganz intensiven Diskussion, mit welchen Themen soll sich das beschäftigen, wer bringt da was ein, wer hat denn was zu liefern, wo ist die Geschäftsstelle, das sind alles Themen, die nicht so ganz banal sind. Ich würde Ihnen im Herbst dann einfach diese Konstruktion vorstellen, und dann können Sie immer noch entscheiden, ob Sie sagen, wir brauchen da noch eine andere ergänzende Entwicklung.

Wir müssen auch die Abgrenzung zwischen Karlsruhe Digital und diesem neuen Gremium hinkriegen, denn das wollen wir nicht irgendwie beschneiden oder bremsen, und so rüttelt sich das im Laufe des Jahres zusammen. Auch dort ist die Kritik aufgekommen, dass man in ISEK zu wenig beteiligt ist. Ich habe noch mal darauf hingewiesen, es gab dieselben Workshop-Beteiligungen wie für alle anderen möglichen Gruppen in der Stadt auch, und wir haben vor allem aber auch das kommende Jahr bis zum nächsten Juli ausreichend Zeit, das werden wir mit allen anderen Stakeholdern auch tun, noch mal zu klären, was denn jetzt in welcher Dringlichkeit als nächste Projekte ansteht, um die jeweiligen Themen im Sinne des Zielbildes voranzubringen.

Das ist das, was ich jetzt heute nicht schriftlich Ihnen groß erläutern wollte, sondern Ihnen jetzt einfach so darstelle, und mein Vorschlag wäre, dass wir es im Herbst gemeinsam wieder aufrufen und dann ich Ihnen einfach vorstelle, was da bis dahin aus der Initiative der Wirtschaft, der Wissenschaft und auch der Verbände entstanden ist. Das ist meine Antwort, die ich Ihnen noch, also die Erläuterung, die ich Ihnen noch geben wollte. Vielleicht können wir dann einfach weiter verfahren.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Da meine Redezeit nicht annähernd der entspricht, die Ihnen zuteil ist, muss ich mich kurzfassen und das auch reduzieren auf diesen Wirtschaftsbeirat, der in einem Antrag 14.1 angedacht ist. Da muss ich Ihnen ganz klar sagen, das wollen wir, und zwar dezidiert. Wenn Sie es vermögen, die vielen Gruppierungen und Facetten von Vereinigungen, Möchtegern-Gruppierungen und was auch immer zu harmonisieren, dass Sie dann ein Substrat eines Wirtschaftsbeirates stellen können, der uns während des ISEK-Prozesses verbindlich begleitet, dann ist das kein Problem. Aber wir als CDU, das darf ich jetzt einfach mal zu freiem frank, ohne Beratung in der Fraktion, sagen: Wir als CDU wollen diesen Wirtschaftsbeirat haben. Wie Sie ihn dann auch hinbefördern, ist uns egal. Sie haben viele Anknüpfungspunkte, Sie haben ein Anschreiben, Sie haben alles genannt, ich muss mich nicht wiederholen. Also es gibt genügend Grundlage, um hier was Schlagkräftiges zu machen. Wir wissen, die Wirtschaft will hier aktiv mitwirken, und dieser Mitwirkung sollten wir wirklich Unterstützung leisten.

Denn bei allem, liebe Kolleginnen und Kollegen, hoffentlich nimmt mir das jetzt niemand wieder krumm, die Wirtschaft brauchen wir schon, gerade in der nächsten Phase bis 2040, dass der Laden wieder in Schwung kommt. Da haben die einen ganz großen Anteil, und dann sollten sie auch mitberaten dürfen. Deshalb hier eine ganz klare Meinung meiner Fraktion. Ich hoffe, dass das auch die anderen so sehen.

Die nächste Thematik ist natürlich das Zielbild. Da brauche ich nicht viel drüber verlieren. Das ist ausführlich diskutiert. Das trägt meine Fraktion uneingeschränkt mit. Der Bürgerrat, wir haben da grundsätzlich zugestimmt. Die CDU will diesen Versuch mitgehen. Es ist natürlich aus unserer Sicht völlig neben dem Ziel raus, dass man gerade das Thema Mobilität, und das noch in eine eingeschränkte Art und Weise, nämlich bezogen auf die, inwieweit Mobilität für alle und bezahlbar zur Verfügung gestellt wird, in so einen Bürgerrat reinprojizieren will. Das warten wir ab. Wir sehen die Mehrheitsverhältnisse. Wir haben ganz klar gesagt, dass wir hier in dieser Situation völlig andere Themen für sehr viel wichtiger halten, zum Beispiel Innenstadtentwicklung und wie ist unsere Stadt in den nächsten 14, 15 Jahren finanzierbar. Da sollten Bürgerinnen und Bürger durchaus angesichts der Lage der Nation, wollte ich jetzt schon sagen, mitwirken dürfen.

Stadtrat Tröndle (SPD): Ich denke, wir können heute mit dem Beschluss zum Zielbild bei I-SEK 2040 mit Fug und Recht den sicherlich etwas abgelutschten Begriff „Meilenstein“ gebrauchen. Wir sind im Sinkflug von der Meta-Ebene durch die Wolkendecke der Analysephase hindurch und machen uns zur Landung im Konkreten bereit. Zugegeben: Zu Beginn des Prozesses hatten wir als SPD-Fraktion noch Bauchweh dahingehend, dass sich das sozialwissenschaftliche Meta-Projekt zu einem beliebigen Wunsch-dir-Was was entwickeln könnte. Diese Bedenken hat aber der bisherige Verlauf des Prozesses weggewischt. Wir freuen uns auf die vertiefende Betrachtung der Fokusthemen, die Priorisierung und die Umsetzung der nächsten Bausteine.

Der Prozess wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen, kein dynamischer, wenn wir nicht bereit wären, aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen und nachzusteuern. Ein wesentlicher Kern des Konzepts besteht darin, so viele Akteure des Stadtlebens wie möglich einzubinden. Der Blick auf den Wirtschaftsstandort wurde eben schon breit diskutiert. Wir gehen den Weg mit, und wir sagen: CDU hat „Wirtschaft, Wirtschaft“ gerufen. Unterstützen wir

auch, aber wir ergänzen das durch den Ruf „Beschäftigte, Beschäftigte, Beschäftigte“. Das heißt, sämtliche Akteure des Wirtschaftslebens darin einzubinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Landung im Konkreten ist auch die Durchführung eines Bürgerrats angesagt, der sich mit einem geeigneten Themenfeld auseinandersetzt. Ich danke der Verwaltung dafür, dass sie eine entsprechende Anregung der SPD-Fraktion aufgenommen hat. Wir halten das Thema Mobilität und die Fragestellung für hervorragend geeignet. Entscheidend für die uneingeschränkte Zustimmung meiner Fraktion ist vor allem die Möglichkeit eines Perspektivenwechsels. Was heißt das? Die bisweilen mit missionarischem Verve geführte Auseinandersetzung zwischen notorischen Automobilisten und denen, die auf E-Bike oder Lastenrad nach freier Fahrt brüllen, die kennen wir zur Genüge. So manche Vertreter beider Lager eint jedoch, möglichst schnell mit ihrem Vehikulum ohne Störung ihres Verkehrsflusses so direkt wie möglich zu ihrem oder gar in ihr Ziel gelangen zu wollen. Dass dabei diejenigen, deren Mobilität etwas langsam und umständlicher ist, bis wir in dem wahrsten Wortsinne unter die Räder kommen, ist bisher noch zu wenig Thema. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie verhält es sich mit der Mobilität alter, schwacher, in ihrer Bewegung eingeschränkter Menschen, mit der von Eltern mit Kinderwagen, von denjenigen, die auf Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind? Welche Bewegungsräume haben sie? Welche wünschen sie sich? Was lässt sich durch Planung oder auch nur durch mehr Empathie und Rücksichtnahme verbessern? Genau dazu versprechen wir uns Anregungen und freuen uns darauf. Für die SPD-Fraktion kann ich sagen, dass wir das Thema Lebensraum Stadt aus Sicht der Schwächeren auf der Agenda haben und zusammen mit der Volt-Fraktion hier im Hause künftig so einige Vorstöße unternehmen wollen.

In Sachen ISEK will ich abschließend dem Amt für Stadtentwicklung und allen bisher Beteiligten ganz herzlich für Ihren tollen Job danken und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben eine alternative Sicht dieser Vorgänge, um die es hier geht. Anfang 2023 hat die Stadt begonnen, Geld und Manpower in dieses integrierte Stadtentwicklungskonzept zu stecken. Wahrscheinlich, weil man durch Corona doch besser durchgekommen war als manch andere baden-württembergische Kommune, hat man gedacht, man könnte jetzt groß was entwickeln für die Zukunft. Jetzt muss man leider feststellen, die Zeit ist so ein bisschen über das ganze Projekt hinweggegangen, und wir haben praktisch kein Geld mehr, mit dem wir diese Dinge umsetzen können. Das heißt, wir sind eigentlich dabei, falsche Erwartungen zu wecken, und deswegen werden wir das auch ablehnen.

Wenn man sich anschaut, was da schon alles gemacht wurde, an Bürgerbeteiligung, Bürgerrat und so weiter, dann ist es für uns so, dass da relativ viel Geld ausgegeben wurde mit Beteiligungsprozessen, die aus unserer Sicht keine echten sind, weil sie nicht demokratisch gewählt, sondern irgendwie zusammengestellt. Wir sind für direkte Demokratie als Alternative für Deutschland. Wir sind für Bürgerentscheide. Solche können wir auch durchführen, hier in Karlsruhe. In Heidelberg wird gerade einer durchgeführt, nach einem entsprechenden Beschluss des Gemeinderats. Es geht also durchaus, dass man Bürgerentscheide durchführt, direkte Demokratie.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben vorhin schon gesagt, wie viele Organisationen wir bereits haben, wo die Wirtschaft mitsprechen kann, wo auch Bürger mitsprechen können.

Wir sind der Meinung, wir brauchen keine weiteren Bürgerräte oder sonstigen Beteiligungen, denn wir haben eine repräsentative Demokratie. Das heißt, wir sind hier gewählt, um die Interessen der Bürger zu vertreten. Und unser Problem ist, dass die Wahlbeteiligung relativ gering ist. Bei der letzten Gemeinderatswahl haben 61,35 Prozent der Wahlberechtigten nur gewählt. Bei der Oberbürgermeisterwahl waren es nur 41 Prozent. Das heißt, deutlich, also wir als Gremium sind nicht mal von zwei Dritteln der Bürger gewählt worden. Bei der OB-Wahl waren, wie gesagt, nur gut 40 Prozent der Bürger überhaupt in der Wahlkabine. Also eigentlich müssten wir unsere repräsentative Demokratie stärken, indem wir als Gemeinderat Verantwortung übernehmen und nicht solche Dinge wie „wie soll Karlsruhe in Zukunft aussehen“ in irgendwelche Gremien geben. Es sieht für die Bürger unseres Erachtens, meines Erachtens so aus, als wollten wir ein Stück weit unsere Verantwortung irgendwo anders hin delegieren. Und das ist eigentlich falsch. Wir sollten als Gemeinderat Verantwortung übernehmen. Wir sollten selbst ausdiskutieren, wie unsere Stadt in Zukunft aussehen soll. Das würde dann auch nicht so viele unnötige Mittel und so viel unnötige Arbeitszeit in Anspruch nehmen, wenn wir unsere Rolle in der repräsentativen Demokratie ernster nehmen würden. Deswegen müssen wir leider beide Anträge, beide Vorlagen ablehnen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich fange mal an, Danke zu sagen an das ISEK-Team, vor allem auch das externe Büro, das wir dazu haben. Und dann steige ich ein. Das Zielbild selbst, da können wir alle mitgehen. Das bringt jetzt auch keine großen Überraschungen. Bei der Klausur hat sich auch gezeigt, wir als Gemeinderat sind da weitestgehend aligned. Dennoch ist es in so einem Prozess natürlich wichtig, das noch mal auszuarbeiten, hier ganz oben anzufangen und dann herunterzuleiten, wie Herr Stadtrat Tröndle das schon gesagt hat, und es natürlich an die aktuellen Begebenheiten anzupassen. So weit, so gut. Der größte Arbeitsblock kommt aber jetzt. Denn die Ableitung von konkreten Zielen, Strategien und Maßnahmen und vor allem der Priorisierung, ein Zauberwort, was wir hier oft hören, am Ende, dafür aber vor allem auch notwendig, Depriorisierung, das klappt aus der Mitte des Gemeinderats meistens noch nicht so ganz. Der ISEK-Prozess wird das nicht lösen, aber er kann unterstützen und vielleicht auch den notwendigen Druck aufbauen, damit wir uns an die Depriorisierung trauen. Wir sind auf den weiteren Prozess gespannt und erhoffen uns Rückendeckungen für unsere Forderungen nach Strategieanpassung, die wir bereits im Doppelhaushalt platziert haben.

Nun zu den Änderungsanträgen: Ein Bürgerinnenrat ist richtig und wichtig. Auch und gerade in der aktuellen Situation, wo die Finanzen knapper werden. Über das Thema lässt sich am Ende natürlich streiten. Mobilität ist aber definitiv eines der emotionalsten und konfliktärsten, in der Gesellschaft, aber auch hier in diesem Gremium. Da finden wir das schon passend. Innenstadt und Finanzen gemeinsam halten wir nicht für sinnvoll kombinierbar, denn ein Bürgerrat sollte schon ein sehr konkretes Thema haben. Innenstadt selbst, muss man auch sagen, wir bauen gerade noch die Kaiserstraße fertig. Da ist schon sehr vieles geplant, muss beendet werden. Da jetzt einsteigen ist eigentlich der falsche Zeitpunkt. Finanzen, das kann schon spannend sein, aber ist ein sehr komplexes Thema. Gerade auch: Wie bringt man diese Priorisierung in dann einen einzelnen Bürgerrat hinein? Ich glaube, das ist schwierig und gerade kurzfristig nicht sinnvoll abbildbar. Die Idee können wir aber gerne im anderen Rahmen dann noch mal nachverfolgen, nachdem wir es mit der Mobilität im Bürgerrat geübt haben.

Und nun noch zum Wirtschaftsrat: Dass gerade die CDU, die sonst Gremien eher kürzen möchte, nun ein weiteres fordert, hat schon erst mal stutzig gemacht. Auch hier halten wir es kurzfristig nicht für sinnvoll, das jetzt hier in den ISEK ran zu flanschen. Zumal Stakeholder-Management schon betrieben wird. Und ja, das kann sicherlich verbessert werden. Der OB hat auch ausgeführt, was da schon passiert, was da sowieso am Laufen ist. Und wir glauben, dass die Botschaft angekommen ist und die Verwaltung hier sich gut bemühen wird, die Stakeholder besser einzubinden. Generell aber so einen Wirtschaftsbeirat zu erschaffen oder eines der vielen Gremien, die wir schon haben, da zusammenzuführen, vielleicht dann auch irgendwie an den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft angedockt, halten wir für eine sehr spannende Idee und freuen uns darauf, wenn wir zukünftig gemeinsam an unserem Wirtschaftsstandort Karlsruhe arbeiten können.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Von uns auch ein sehr großes Dankeschön an alle Mitwirkenden für die bisherige Arbeit an dem Zielbild, das jetzt die Grundlage bildet für die Erarbeitung von Strategien und Maßnahmen. Auch wir begrüßen den eingeschlagenen Weg mit der Bildung eines Bürgerrates und denken, dass es ein sehr gutes Thema ist, weil das eigentlich so die entscheidende Frage jetzt der sozialökologischen Transformation für unsere Stadt ist in Zukunft. Und das ist auch einfach ein Thema, wo jeder auch was dazu sagen kann und jeder auch eine Meinung dazu hat.

Wir möchten aber trotzdem den Weg weiter kritisch begleiten. Für uns ist besonders die Vertretung der ArbeitnehmerInnen-Perspektive sehr wichtig, die bisher, von dem, was wir mitbekommen haben, etwas unterrepräsentiert war. Wenn wir auch das Zielbild lesen, dann sehen wir: Dort wird kein einziges Mal das Wort „ArbeitnehmerInnen“ erwähnt. Es wird von „Arbeitskräften“ gesprochen, und das zeigt so ein bisschen, dass vielleicht Menschen eher als Ressource gesehen werden. Da möchten wir einfach noch mal für sensibilisieren, dass das jetzt im weiteren Verlauf ein bisschen einen anderen Dreh kriegt. Deswegen sind wir auch sehr dafür, dass man einen Wirtschaftsrat noch zusätzlich einrichtet, als zusätzliches Gremium, möchten aber sehr darauf hinwirken, dass da eine starke Vertretung der Gewerkschaften auf jeden Fall mit garantiert wird, also insbesondere dem DGB, dass die auch institutionell weiterhin mit eingebunden sind. Wie so immer bei so partizipativen Prozessen ist es natürlich immer entscheidend, wer wird wie und warum beteiligt. Ich glaube, da ist sehr wichtig, dass es jetzt transparent auch immer kommuniziert wird. Und zum Beispiel auch die Frage, wie wird denn Machtunterschieden auch in diesen Workshops, zum Beispiel zwischen den Teilnehmenden, dann auch Rechnung getragen? Gibt es Möglichkeiten zum strukturierten Feedback für die Teilnehmenden? Genau, das wäre uns einfach für den weiteren Prozess wichtig. All das brauchen wir für die Partizipation, die dann wirklich auch alle mitnehmen kann. Und wir erhoffen uns sehr spannende Ergebnisse von dem Bürgerrat.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Ganz kurz noch eine Erläuterung zum Abstimmungsverhalten der FDP/Freien-Wähler-Fraktion. Wir werden uns selbstverständlich in der Thematik Wirtschaftsrat anschließen. Deswegen haben wir diesen Antrag auch mitgezeichnet. Es war ein ausdrücklicher Wunsch der Wirtschaft, auch an dem ISEK konkret mehr beteiligt zu werden. Das stößt bei uns auf Gegenliebe. Das unterstützen wir. Genau wie die Kollegen von der Union auch schon dargestellt haben, irgendjemand muss mit seinen Steuereinnahmen hier die ganzen Wohltaten und Ideen dann da auch finanzieren.

Zum Thema Bürgerrat haben wir eigentlich grundsätzlich eine andere Herangehensweise. Wir sind nämlich auch der Meinung, dass wir in einer repräsentativen Demokratie die gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sind und dass wir die Entscheidung treffen. Wir brauchen eigentlich keinen Bürgerrat. Nun ist uns aber natürlich auch klar, dass der Bürgerrat Bestandteil dieses ISEK-Konzeptes ist, das wir die ganze Zeit mitgetragen und mitentschieden haben. Und deswegen macht es jetzt auch keinen Sinn, den Bürgerrat da jetzt rauszulösen aus dem Gesamtkonzept. Aber da wir der Meinung sind, dass es eine andere Priorität für uns hat, werden wir uns bei dem Tagesordnungspunkt oder bei dem Abstimmungspunkt Bürgerrat enthalten.

Stadträtin Döring (KAL): Das Karlsruhe-2040-Zielbild, Karlsruhe 2040, das wir jetzt vorliegen haben, schönes Papier, schönes Konzept, aber jetzt wird es eigentlich erst wirklich spannend. Denn jetzt geht es darum, konkrete Empfehlungen, konkrete Handlungsleitfäden, konkrete Maßnahmen ausfindig zu machen, die machbar und finanzierbar sind, die dringend sind, einen Fahrplan zur Umsetzung, damit ISEK 2040 am Ende nicht nur ein Kästchen auf unseren Gemeinderatsvorlagen wird. Aber der Prozess ist ja noch nicht abgeschlossen. In der Vorlage heißt es so schön: „In den kommenden Schritten zur Erarbeitung des ISEK Karlsruhe 2040 wird es darum gehen, strategische Ziele abzuleiten und das Zielbild Karlsruhe 2040 in umsetzbare Maßnahmen zu übersetzen. Dazu wird auch gehören, Prioritäten zu setzen, angesichts begrenzter Ressourcen klare Entscheidungen zu treffen und Rollenbilder zu hinterfragen.“ Für uns ist wichtig: Zur Erarbeitung dieser Ziele müssen weiter intensiv die Menschen in Karlsruhe beteiligt werden. Und deshalb sieht die Karlsruher Liste den Bürgerrat auch als positives Beteiligungsinstrument. Denn ein repräsentativ besetzter Bürgerrat ermöglicht etwas, was ein Bürgerentscheid zum Beispiel nicht ermöglicht, und zwar den Minderheitenschutz. Wir können in einem solchen Gremium auch Minderheiten in der Stadtgesellschaft abbilden. Das ist etwas, was uns ganz wichtig ist.

Wichtig ist auch, dass hier realistische Zielbilder erarbeitet werden. Ich habe als positives Beispiel die Strukturierung der Ergebnisse aus dem Stadtteilentwicklungskonzept Daxlanden empfunden. Eine Aufteilung der Maßnahmen nach Zuständigkeit. Was ist Verantwortung der Stadt? Wo kann sie unterstützen? Und wo steht die Zivilgesellschaft in der Verantwortung? Ebenso die Kategorisierung: Was ist wann und überhaupt finanzierbar? Denn das sind ehrliche Antworten, die bereits im Erarbeitungsprozess transparent gemacht werden müssen. Damit eben keine Bilder entworfen werden, die letztlich zu Enttäuschung führen, weil nichts davon umsetzbar ist. Wir unterstützen auch die verstärkte Einbindung der Gewerkschaften und der Wirtschaftsverbände. Ein wirtschaftlich starkes Karlsruhe ist resilient gegenüber Krisen. Besonders wichtig ist auch uns dabei die Einbindung der Perspektive der ArbeitnehmerInnen.

Wir könnten an dieser Stelle den von Ihnen geschlagenen Weg, Herr Oberbürgermeister, mit diesem Marketingrat, der zu einem Wirtschaftsrat werden kann, mitgehen. Für uns wäre wichtig auch, zu wissen, sind die Gewerkschaften eingebunden. Auch das sind viel beschäftigte Menschen. Die brauchen keinen weiteren Arbeitskreis, nur weil jemand nicht weiterweiß. Aber uns wäre auch wichtig, dass diejenigen, die diesen Brief geschrieben haben, dass da konkret angefragt wird, ob das für die ein gangbarer Weg ist oder ob sie sich dann eben nicht speziell diesen Prozess betreffend gesehen und gehört fühlen. Das wäre schon eine wichtige Rückmeldung für uns, die dann zu bekommen. Also es liegt noch viel Arbeit vor uns, für das Büro, für Mitwirkung, Engagement und vor allem für die Menschen in Karlsruhe.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Das ISEK 2040 beschreibt ein ideales Bild, heißt es hier drin. Und das Spannende ist eigentlich, so eine Vision soll Begeisterung auslösen. Die soll eigentlich auslösen, dass wir sagen: „Wow, so sieht Karlsruhe 2040 aus.“ Ich habe jetzt ein Problem, und zwar in dieser Atmosphäre momentan. Sie erzählen im Video in der ARD: Karlsruhe liegt auf der Palliativstation. Da liegen die Leute, die nicht mehr heilbar sind. Die werden nur so versorgt, dass sie noch eine Weile leben können. Dann sprechen Sie vom freien Fall. Das hat ein Kollege heute schon wiederholt. Wenn das die Situation ist, in der wir tatsächlich stehen, dann dürfen wir das ISEK nicht in der Weise angehen. Also es ist schon die Frage: Wie gehen wir mit dem überhaupt um? Ich sehe eine Chance, und zwar wenn wir das ISEK konsequent nicht von der Seite, dass wir sagen, wir als Stadt setzen ISEK um, weil wir die Finanzen haben oder nicht, sondern konsequent sagen: Wir als Bevölkerung, gemeinsam mit der Bevölkerung, setzen wir das ISEK um. Dann, glaube ich, haben wir eine Chance, die Leute mitzunehmen und im Laufe der Zeit dafür zu gewinnen. Normalerweise ist es in Karlsruhe so, dass die Leute wissen, wir haben immer irgendwie Geld. Irgendwo kommt es doch her. Wir sind sehr verwöhnt in Karlsruhe, in anderen Städten geht es nicht so, aber in Karlsruhe sind wir sehr verwöhnt. Deswegen jetzt von diesem runterzukommen und ein Gemeinschaftsprojekt draus machen, dann bin ich bei ISEK total dafür.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, daran kann ich wunderbar anknüpfen. Genau so soll es werden. Wir sind es gewohnt, in Karlsruhe immer Geld zu haben, und wir haben eine Historie, wo man immer ins Schloss gegangen ist, hat seine Forderungen als Bürgerschaft artikuliert, und dann wurde dem nachgegeben. Und wenn dann die Verfassung besonders gut gelungen ist, hat man anschließend einen Obelisk auf dem Rondellplatz gebaut. So ist die Zeit eben nicht mehr. Deswegen schaffen wir auch nicht die repräsentative Demokratie durch ISEK ab, sondern wir diskutieren erst mal mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Stakeholdern, mit allen Möglichen, die sich interessieren, darüber, wie soll es denn weitergehen. Das wird jetzt natürlich erstmal in einem etwas idealisierten Zielbild entworfen oder zusammengefasst.

Jetzt geht es noch mal mit allen Beteiligten daran, und es wird immer die Frage gestellt werden müssen: Was könnt ihr denn dazu beitragen, dass wir das, was wir diskutiert haben, gemeinsam hinbekommen? Wie können wir denn die Verantwortung aufteilen? Es muss ein anderes ISEK werden, von der Anspruchshaltung, aber auch vom Erwartungsmanagement, wie es heute immer so heißt, als es damals der Fall war. Und mir ist noch mal ganz wichtig, ich habe Ihnen diesen Prozess des Marketingrats nicht vorgeschlagen, weil ich den für ISEK will, sondern weil die Wirtschaft selber sagt, sie möchte nicht nur so über Marketing diskutieren, sondern über die Stadt insgesamt. Genauso, wie wir einen Naturschutzbeirat haben, wir haben ein Klimabündnis, wir haben ein Thema mit aktiver Mobilität, also wir haben viele solche Gremien, von denen wir hier auch nicht die Beauftragung vom Gemeinderat holen, und dann machen die was, sondern die machen das auch sehr stark intrinsisch aus ihren eigenen Beteiligten, bin ich sehr froh, dass es schon unabhängig von ISEK eine Initiative noch stärker aus der Wirtschaft, aber auch aus den Verbänden und aus der Wissenschaft gibt. Wir wollen mehr mitgestalten.

Ich werde Ihnen im Herbst darstellen können, wie sich das entwickelt hat. Es liegt auch nicht in meiner Hand, wie sich das entwickelt. Wäre auch fatal. Nicht, weil ich das falsch mache, glaube ich, sondern weil es sinnvoll ist, dass die Gesamtverantwortung bei denen bleibt, die die Initiative ergriffen haben. Und da passen auch gut die da rein und sind schon

teilweise dabei, die jetzt in diesem Brief, und da waren die Gewerkschaften auch dabei, sich an uns gewandt haben. Ob das am Ende „Wirtschaftsbeirat“ heißt, weiß ich nicht, weil auch das wieder diese Gruppe ein Stück weit gemeinsam entscheiden wird. Aber es geht in die Richtung, dass sich Wirtschaft insgesamt über Verbände, über Initiativen und viele mehr hier stärker einbringen wollen. Ich sehe da keinen Verlust für die.

Ich will jetzt nicht auf Ihre Argumentation, Herr Dr. Schmidt, im Einzelnen eingehen, aber ich will einfach nur sagen, ich sehe das alles völlig anders. Die Stadt Karlsruhe hat auch immer dann einen Bürgerentscheid herbeigeführt, wenn es ihr wichtig erschien. Ich erinnere nur an die Kombilösung. Kann mich aus den letzten fünf Jahren nicht erinnern, dass wir da mal über einen Bürgerentscheid gesprochen hätten, weil sie selber in der Lage waren immer, die Bürger angemessen zu repräsentieren, und immer, wenn wir sie in Vorbereitung von Entscheidungen her miteinbeziehen wollten, haben wir das gemacht über ÖRMI, über Sanierungsgebiete, über viele andere Mechanismen, und genau das wollen wir so auch weiterführen. Aber die letzte Entscheidung liegt natürlich immer bei Ihnen. Auch das haben wir bei ISEK immer von Anfang an klar kommuniziert.

Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE): Ich wollte jetzt nur noch mal kurz auf Ihren Vorschlag eingehen, den wir begrüßen, weil im Prinzip würde das auch noch mal transparent bedeuten, was passiert in dem Bereich Wirtschaft, wie organisieren Sie sich und wie wird das mit ISEK in Verbindung gebracht. Und dann auch noch mal kurz, also ISEK, meinem Verständnis, unserem Verständnis nach, soll nicht ein Wunschkonzert an den Gemeinderat sein, sondern damit einhergehen, dass sich die Stadtgesellschaft engagiert für ihre Stadt und gemeinsame Ziele entwickelt und alle einen Beitrag dazu leisten, dass wir in einer lebenswerten Stadt leben. Da gehört die Wirtschaft dazu, die anderen Bereiche auch zu. Aber das ist ein gemeinsamer Prozess, und insofern braucht man diese Gremien auch, damit die ihre Punkte einbringen können.

Stadtrat Hofmann (CDU): Bevor es untergegangen ist, Herr Oberbürgermeister, noch mal ganz kurz, was der Kollege Pfannkuch gesagt hat. Also wir würden trotzdem auf die Abstimmung bestehen, aber Ihnen zusagen, dass so, wie Sie es heute gesagt haben, im Herbst dann auch entsprechen. Ob Sie es dann „Wirtschaftsbeirat“ oder „Gruppe“, oder wie Sie das benennen, das wäre jetzt, aber wir würden schon gerne dieses Zeichen setzen, dass die Wirtschaft hier auch mit drin ist und dass es dann auch eine größere Geschichte wird, so, wie Sie es sagen. Das ist von mir aus in Ordnung.

Der Vorsitzende: Ich tue mir da ehrlich gesagt ein bisschen schwer, weil hier die Aufgabe bei der Stadtverwaltung gesehen wird, einen solchen Rat zu etablieren. Und ich bin gerade ganz froh, dass ich den nicht etablieren muss, sondern dass er sich von alleine entwickelt.

Stadtrat Hofmann (CDU): Mit Ihnen zusammen. Also so, wie Sie es vorgestellt haben. Sie haben ja gesagt, innerhalb des Wirtschaftsbeirats mit Ihnen zusammen. Aber schon, initiativ würden wir das schon gerne als Zeichen heute eben entsprechend sehen.

Der Vorsitzende: Okay, ich kann nicht verhindern, dass Sie auf Abstimmung bestehen. Aber ich muss selber erst mal überlegen, was ich damit mache. Ich stelle jetzt den interfraktionellen Ergänzungsantrag CDU, SPD, FDP/Freie Wähler, Karlsruher Liste zur Abstimmung. Wenn Sie den positiv bescheiden, und ich würde mich dann daran beteiligen, ist mir wichtig, dass wir die Selbstorganisationskräfte der Beteiligten erst mal fördern und als

Stadt das konstruktiv begleiten. Wenn wir es so verstehen können, ist das okay. Und da bitte ich Sie jetzt, darüber, jetzt hier Abstimmung ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Wir kommen damit zur ersten Beschlussvorlage der Verwaltung, die sich mit dem Zielbild beschäftigt. Das ist die ... Ist was unklar? Ich hätte vielleicht auch unterbrechen sollen, das lag mir schon nah, aber ich habe nicht alle Karten gesehen. Aber wir kommen damit zur Beschlussvorlage Zielbild Karlsruhe 2040 des ISEK. Das ist der Tagesordnungspunkt 14.1., und da bitte ich Sie um Ihr ... Der Bürgerrat kommt anschließend. Wir haben zwei verschiedene, das war jetzt 14.1.1 und jetzt kommt 14.1. Das ist die Beschlussvorlage mit dem Zielbild. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum. Jetzt müssen wir mal ganz kurz warten hier, bis das alles soweit ... Ja, das reicht noch nicht. Ja, ich bitte um Ihre Abstimmung über 14.1. ab jetzt. – Das ist eine große Mehrheit. Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zum Thema Bürgerrat, und da gibt es einen Änderungsantrag der CDU unter 14.2.1, nämlich Innenstadtentwicklung und Finanzen statt Mobilität. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit kommt unsere ursprüngliche Beschlussvorlage unverändert zur Abstimmung, und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. Vielen herzlichen Dank auch für dieses große Votum.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. Juli 2026